

Germany-Cologne: Airport equipment

OJ S 95/2023 17/05/2023

Contract notice – utilities

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Flughafen Köln/Bonn GmbH

Postal address: Heinrich-Steinmann-Str 12

Town: Köln

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Postal code: 51147

Country: Germany

E-mail: ralf.rogge@koeln-bonn-airport.de

Telephone: +49 2203404120

Fax: +49 2203/402773

Internet address(es):

Main address: <http://www.koeln-bonn-airport.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E29257551>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.6. Main activity

Airport-related activities

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Miete von E-Hubliftern 14 t

II.1.2. Main CPV code

34960000 Airport equipment

II.1.3. Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Miete von elektrischen Hubliftern 14 t zum Be- und Entladen von Flugzeugen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6.

Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Miete von elektrischen Hubliftern 14 t zum Be- und Entladen von Flugzeugen. Die detaillierte technische Ausführung ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung. Der Miet-/ Leistungsbeginn aller drei Geräte muss vor Oktober 2023 liegen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 36

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die unter Ziffer III.1.1) geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber/Bieter und bei Bewerber-/Bietergemeinschaften jeweils von allen Mitgliedern vorzulegen (vgl. Ziffer III.1.8). Ausländische Bewerber/Bieter haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Alle Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Nachweise und Erklärungen innerhalb einer angemessenen Frist nachzufordern. Der Auftraggeber behält sich außerdem vor, noch vor Zuschlagserteilung Nachweise der zuständigen Stellen zu verlangen, die bestätigen, dass die gemachten Erklärungen und Nachweise wahrheitsgemäß abgegeben/eingereicht worden sind. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind erforderlich:

a) Scan des aktuellen Ausdrucks aus dem Berufs- oder Handelsregister (Ausnahme GbR) bzw. Gewerbeanmeldung;

- b) Scan des Gewerbezentralregistrauszugs (GZR 4 für die juristische Person oder Personenvereinigung nach § 150 GewO) nicht älter als sechs Monate. Der Scan des Auszugs des Bundesamtes für Justiz ist weiterzuleiten. Falls der Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, hält sich der Auftraggeber vor das Original des Gewerbezentralregistrauszugs anzufragen;
- c) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB. Die Erklärung kann zunächst durch die Abgabe des Formulars II „Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit“ erbracht werden;
- d) Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Hierfür ist das Formular III „Eigenerklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG“ zu verwenden;

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Die unter III.1.2) geforderten Nachweise sind von dem Bewerber bzw. den jeweiligen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied vorzulegen. Alle Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen; fehlende Nachweise können vom Auftraggeber nachgefordert werden. Eine Vorlage der Nachweise als Scan ist ausreichend. Ausländische Bewerber/Bieter haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind erforderlich:

- a) Eigenerklärung, dass der Bewerber eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Mindestdeckungssummen in Höhe von 2.000.000 EUR für Personenschäden, in Höhe von 2.000.000 EUR hat bzw. im Auftragsfall unverzüglich abschließen wird. Hierzu ist das Formular IV „Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung“ zu verwenden.
- b) Eigenerklärung über den Netto-Gesamtumsatz im Vermietung von GSE in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Hierzu ist das Formular V „Eigenerklärung zu Umsätzen des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren“ zu verwenden.
- c) Eigenerklärung über den Netto-Umsatz im Bereich der ausgeschriebenen Aufgabenbereich Vermietung von fabrikneuen Hubliftern zur Be-/ Entladung von Flugzeugen. Hierzu ist das Formular V „Eigenerklärung zu Umsätzen des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren“ zu verwenden.

Minimum level(s) of standards possibly required:

- a) Die Mindeststandards gehen aus der Beschreibung selber hervor.
- b) Der Jahresumsatz im Bereich Vermietung von GSE muss im den zurückliegenden drei Jahren mindestens 5.000.000 EUR pro Geschäftsjahr (netto, exklusive Umsatzsteuer) betragen haben.
- c) Der vergleichbare Jahresumsatz im Bereich der ausgeschriebenen Aufgabenbereich Vermietung von Hubliftern zur Be-/ Entladung von Flugzeugen an Erstkunden muss im den zurückliegenden drei abgeschlossenen Jahren durchschnittlich 400.000 EUR pro Geschäftsjahr (netto, exklusive Umsatzsteuer) betragen haben. Der gesamte Umsatz über die Laufzeit des Mietvertrages des jeweiligen Gerätes wird für das Jahr des Vertragsabschlusses anerkannt und es dürfen nur Umsätze angegeben werden, bei denen der Auftraggeber (Vermieter) fabrikneue Hubliftern zur Be-/ Entladung von Flugzeugen vom Hersteller gekauft und an den jeweiligen Ersten Kunden (Mieter) vermietet hat. Umsätze aus der Vermietung von gebrauchten Geräten dürfen hier nicht angegeben werden. Die Antriebsarten Diesel, Gas oder Elektro sind zulässig.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Die unter III.1.3) geforderten Nachweise sind vom Bewerber bzw. den jeweiligen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied bezogen auf dasjenige Fachgebiet vorzulegen, welches dieses Mitglied im Auftragsfall innerhalb der Bewerbergemeinschaft ausführen wird. Alle Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen; fehlende Nachweise können vom Auftraggeber nachgefordert werden. Eine Vorlage der Nachweise in Form eines Scans ist ausreichend. Soweit ein Bewerber für Leistungen Subunternehmer einsetzen will, auf die der Betrieb des Bewerbers eingerichtet ist, hat er diese Leistungen unter Angabe der jeweiligen Teilleistungen in dem Formular VI zu benennen. Beruft sich ein Bewerber darüber hinaus für den Nachweis seiner technischen Leistungsfähigkeit auch auf Referenzen von Subunternehmern für Leistungen, auf die der Betrieb des Bewerbers nicht eingerichtet ist, sind diese unter Angabe der jeweiligen Teilleistungen und der Namen der Subunternehmer in dem Formular VII zu benennen. Zusätzlich ist für diese Subunternehmer gesondert das Formular II „Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit“ und das Formular VIII bezogen auf ihre Teilleistung auszufüllen. Außerdem muss im weiteren Verfahren nach Angebotsabgabe, vor Erteilung des Zuschlags eine Verpflichtungserklärung für jeden benannten Subunternehmer hinsichtlich seiner Bereitschaft, den Auftrag als Subunternehmer auszuführen sowie die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung eingereicht werden. Die Formulare werden gesondert zur Verfügung gestellt. Folgende Nachweise sind vorzulegen:

a) Nennung von mindestens zwei Referenzen, bei denen der Bewerber Hubliftern zur Be-/Entladung von Flugzeugen an Erstkunden vermietet hat. Die jeweilige Referenz ist inklusive einer aussagefähigen Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts, der Angabe des Namens und der Kontaktdaten des Ansprechpartners sowie des Anliefertermins und des Auftragswertes zu belegen. Hierfür ist das Formular VIII Eigenerklärung zu „Referenzen des Unternehmens“ zu verwenden.

Eigenerklärungen durch den Bewerber hierzu sind ausreichend. Die Einreichung von Referenzschreiben von Auftraggebern ist nicht erforderlich, aber möglich.

Minimum level(s) of standards possibly required:

a) Mindestens 2 Referenzen mit insgesamt mindestens 4 vermieteten Hubliftern zur Be-/Entladung von Flugzeugen an Erstkunden / Erstmieter mit einer Mindestmietdauer von 12 Monaten pro Gerät ab Mietbeginn 01.01.2020 müssen als Referenz nachgewiesen werden. Der Nachweis kann durch zwei oder mehr Referenzen aus der EU erbracht werden. Hier dürfen nur Referenzen angegeben werden, bei denen der Auftraggeber (Vermieter) fabrikneue Hubliftern zur Be-/Entladung von Flugzeugen vom Hersteller gekauft und an den jeweiligen ersten Kunden (Mieter) vermietet hat. Referenzen aus der Vermietung von gebrauchten Geräten dürfen hier nicht angegeben werden. Die Antriebsarten Diesel, Gas oder Elektro sind zulässig. Es werden nur Fahrzeuge/Geräte als Referenz anerkannt, mit frühesten Mietbeginn ab dem 01.01.2020. Aus der eventuelle Verlängerung der Miete eines Hublifters ergibt sich keine neue/weitere Referenz.

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Rechtsform der Bietergemeinschaft: Gesamtschuldnerisch haftend unter Benennung eines vertretungsberechtigten Mitglieds. Hierfür ist das Formular I „Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft“ zu verwenden, das der Unterlage zum Teilnahmewettbewerb beigelegt ist. Die Beteiligung eines Unternehmens in verschiedenen Bietergemeinschaften ist unzulässig (siehe auch Ziffer VI.3e).

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 20/06/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 12/11/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 20/06/2023 Local time: 10:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

- a) Der Auftraggeber ist Sektorenauftraggeber nach §§ 100 Abs. 1 Nr. 2, 102 Abs. 5 GWB.
- b) Das vom Auftraggeber gewählte Verfahren ist ein offenes Verfahren nach dem 4. Teil des GWB und der Sektorenverordnung (SektVO). Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bieter werden im gesamten Verfahren streng beachtet.
- c) Die für den Eignungsnachweis erforderlichen Formulare und Vordrucke sind in Anlage „Eignungsbedingungen“ (EB) Unterlage vorhanden. Die Unterlage ist uneingeschränkt und vollständig sowie gebührenfrei abrufbar unter: <https://www.subreport.de/E29257551>.
- d) Auskunftersuchen des Interessenten /der Bietergemeinschaft sind ausschließlich über SUBREPORT/ELVIS an die unter Ziff. I.1) genannte Kontaktstelle des Auftraggebers zu richten.
- e) Die Beteiligung eines Unternehmens sowohl als Bieter oder als Mitglied einer Bietergemeinschaft wie auch als Nachunternehmer eines anderen Bieters oder einer anderen Bietergemeinschaft ist ebenfalls unzulässig, wenn der Bieter/die Bietergemeinschaft nicht spätestens mit seinem/ihrem Angebot nachweisen kann, dass er/sie keine Kenntnis von dem Angebotspreis und der Angebotskalkulation des jeweils anderen Bieters bzw. der anderen Bietergemeinschaft erhält. Dieser Nachweis der fehlenden Kenntnis muss von einem Bieter oder einer Bietergemeinschaft auch hinsichtlich gesellschaftsrechtlich verbundener Unternehmen erbracht werden können.

- f) Informationen, z.B. Antworten auf Bieterfragen, werden über SUBREPORT/ELVIS an alle Bieter verteilt. Der Auftraggeber empfiehlt daher allen Bietern, täglich in SUBREPORT/ELVIS nach aktuellen Informationen und Klarstellungen des Auftraggebers sowie Antworten auf Bieterfragen zum Vergabeverfahren zu schauen.
- g) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Veröffentlichung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird und der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig, verändert oder mit weiteren Angaben wiedergegeben wird.
- h) Die Angebote sind digital, verschlüsselt, ohne Signatur abzugeben.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln
Postal address: Zeughausstr. 2-10
Town: Köln
Postal code: 50667
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de
Telephone: +49 221-147-3055
Fax: +49 221-147-2889

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u. a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 160 GWB Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

12/05/2023

